

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhaltlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Freitag den 6. November 1931 Nummer 188

Die Schieck-Regierung verkündet

Ausnahmezustand in Dresden!

Alle Arbeiter-Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel vom 7. bis 11. November verboten / Nazi-Tummel im Zirkus erlaubt / Offene Morddrohungen der Naziführer! / Heraus zum roten Volksbegehren gegen Faschismus!

Dresden, 6. November.
Die Telephon verbreitet folgende Meldung:
Das Polizeipräsidium Dresden hat für die Zeit vom 7. bis 11. November d. J. einschließlich alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten.
In den ordnungsliebenden Teil der Dresdner Einwohner stellt sich das Polizeipräsidium die dringende Bitte, sich von den Straßen usw., die es in diesen Tagen etwa gleichwohl gehen sollte, unter allen Umständen fernzuhalten, auch den Polizeibeamten durch unangebrachte Neugier ihren nicht leichten Arbeit nicht noch unnötig zu erschweren. Den Kreisen, die es nicht sei bei dieser Gelegenheit gesagt, daß das Polizeipräsidium dem Demonstrationsverbot mit allen Mitteln, gegebenenfalls auch mit Waffengewalt, Geltung verschaffen wird.
Damit ist dem Verbot der KPD-Revolutionsskandgebungen die Bekämpfung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes gegeben. Diese Maßnahme richtet sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Selbst den sozialdemokratischen Arbeitern wird verboten, den 9. November in der bisher üblichen Form zu begehen. Der Schlag, der zuerst gegen die KPD geführt wurde, ist so als ein Vorbote für die allgemeine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen.

Die Regierung Schieck, die diese Stellungnahme des Polizeipräsidiums veranlaßt, versucht die Verbotssaktion mit der Verhängung folgender Notiz durch die sächsische Staatskanzlei zu rechtfertigen:
„(A) Gelegentlich einer polizeilichen Durchsuchung bei einem kommunikativen Funktionär wurde ein Rundschreiben „Presse- und Arbeiterkreise vom 6. November 1931“ gefunden. Unter dem Titel befindet sich der Vermerk: „Material für die Redakteure der Arbeiter-, Orts- und Häuserblattschriften, für die Arbeiter- und Hausbesitzervereine und die Agitationsblätter der Ortsgruppen usw.“ Das Rundschreiben enthält unter der Überschrift „November-Rundgebungen zum 14. Jahrestag der russischen Revolution“ organisatorische Anweisungen zur Durchführung der Kampagne. Sie soll unter der Losung „Kampf für das sozialistische Vaterland“ erfolgen. Weiter werden in dem Rundschreiben besondere Anweisungen für die Programmgestaltung, Agitation und Propaganda für die geplanten November-Rundgebungen erteilt. Danach soll bei ihnen die Teilnahme der Arbeiter, die ein roter Oktober in Deutschland nur möglich sei durch Sturz des Kapitalismus und Diktatur des Proletariats; daß dieses Ziel nur erreicht werden könne durch die bewaffnete Niederschlagung der Bourgeoisie und des Faschismus, und daß der Weg zum roten Oktober in Deutschland konkret aufgezeichnet werden solle. Sodann wird angeordnet, daß die Arbeiter in der Sowjetunion bewaffnet seien, und dazu aufgefordert, dem Beispiel des russischen Proletariats zu folgen. Die Anweisung schließt mit den Worten: „Wir feiern den russischen roten Oktober im Zeichen der Revolution für den deutschen Oktober!“
Der Inhalt des Rundschreibens rechtfertigt die Annahme, daß die geplanten November-Rundgebungen der KPD zum 14. Jahrestag der russischen Revolution dazu dienen sollen, den gewaltsamen Umsturz in Deutschland vorzubereiten. Die genannten öffentlichen Rundgebungen sind daher von den Polizeibehörden im Einverständnis mit dem Ministerium des Innern auf Grund von § 1 Absatz 1 der Reichspräsidenten-Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 verboten worden.“
(Fortsetzung auf Seite 2)

Breitscheid für eine Hitler-Regierung

„Das Zentrum wird die Nationalsozialisten schon vor den größten Dummheiten bewahren“

Emden, 6. November. (Eig. Ber.)
Vorgestern abend sprach hier auf einer sozialdemokratischen Kundgebung der Vorherrscher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid. Seine Ausführungen wirkten auf die Versammlungsteilnehmer geradezu sensationell. Breitscheid gab offen zu, daß die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie „den Gang der Dinge“ nicht verhindern konnte. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei eine Schlappe nach der anderen erhalte. Die Frage nach dem, was jetzt werden wird, beantwortete Breitscheid mit folgenden Worten:
„Die Sozialdemokratie wird eine Regierung Brüning-Hitler begrüßen, weil sie dadurch von der Regierungspolitik befreit wird und das Zentrum die Nationalsozialisten ohnehin an den größten Dummheiten hindern wird.“

Breitscheid sprach im Auftrage des Parteivorstandes der SPD und seine Ausführungen trugen parteiamtlichen Charakter.
Die Sozialdemokratie hat sich also bereits mit einer Regierung Brüning-Hitler abgefunden, ja, noch mehr, sie begrüßt sogar offen eine solche Regierung. Die offene Stellungnahme des Herrn Breitscheid verrät aber noch zugleich, daß die sozialdemokratischen Führer bereit sind, auch unter einer Reichsregierung Brüning-Hitler an der Ausübung der Staatsgewalt gegen die Arbeiterklasse teilzunehmen. Die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, die sozialdemokratischen Völkerverwalter werden besonders unter einer Diktatur Brüning-Hitler die besten Stützen des Faschismus bei der Durchführung der faschistischen Politik gegen die Arbeiterklasse sein.
Es vollzieht sich eine weitere Annäherung zwischen National- und Sozialfaschismus im Kampf gegen den Kommunismus.

Brüning-Minister droht mit Belagerungszustand

Zwei Milliarden Lohnraub

750 Millionen Unterfütterungsabbau / Seiländnis Stegertwalds auf der Zentrumsanordnung

Die gestrige Parteiausführung des Zentrums war viel mehr, es war eine Körperschaft vor der die verantwortlichen Minister das künftige Regierungsprogramm entwickelten. Der Reichskanzler Brüning gab in einer Rede eine Perspektive über das Jahr 1932 und führte aus, „daß es in finanzieller Hinsicht das allererschwerste sein wird. Wir werden 1932 nicht um weitere, ganz schwere und harte Maßnahmen auf allen Gebieten herumkommen. Es kommt aber auf die gleichmäßige Verteilung der Lasten an, das ist in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen.“ Stegertwald wurde wesentlich deutlicher. Er kündigte große Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet der Sozialfürsorge an.
Der Lohnabbauminister führte weiter aus: „Wenn man nur nach den Rationierungsordnungen sieht, so ist es richtig, daß die Arbeitnehmerschaft die größten Opfer gebracht hat.“ Die Löhne sind im letzten Jahre um etwa zwei Milliarden gekürzt worden. „Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter eine größere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten.“
Die allgemeine Bedürftigkeitsprüfung soll durchgeführt, außerdem sollen alle Sozialunterstützungen auf das Maß der Arbeitslosenfürsorge herabgesetzt werden. Wörtlich sagt Stegertwald dann: „In der Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge sind 80

bis 90 Prozent von dem was man abbauen konnte bereits abgebaut worden. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Herabsetzungen kommen müssen.“ Nach der Ankündigung, daß das Tarifrecht stark gelockert werden muß erklärte er wörtlich: „Wir sind über die Inflations- und Stabilisationswinter 1923/24 auch nur hinweggekommen mit dem Belagerungszustand und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht auf der letzten Stufe seiner Kräfte angelangt.“
Die größte Gegenliebe wird dieses Programm bei den Nazis finden, das ist allen Arbeitern klar. Die Erklärungen der faschistischen Zentrumsminister werden alle sozialdemokratischen und christlichen und parteilosen Arbeiter zum Kampf gegen weitere Verleumdung mit den Kommunisten in der roten Einheitsfront zusammenschließen.

Streitverbreiterung in Berlin

Berlin, 5. Nov. (Eig. Meld.)
Gestern traten die Arbeiter bei der Firma Baumrich, Berlin, geschlossen in den Streik. Sie fordern die Zahlung der alten Alfordlöhne, die die Firma in den letzten Wochen um 30 bis 40 Prozent gekürzt hat. Im Laufe des heutigen Tages nahmen weitere Abteilungen des Betriebes zu den Lohnabbauversuchen der Betriebsleitung Stellung. Es wird immer mehr zum Streik gerufen.
Im Siemens-Herze-Werk gelang es den Kollegen in den Abteilungen Schweißerei, Werkzeugmacherei und Wiederei durch geschlossenes Auftreten die Verfüzung der Arbeitstätte auf vier Tage zu verhindern. Der Streik bei Bosch, die erfolgreiche Abwehr im Siemens-Herze-Werk und Siemens-Dynamo zeigen, daß in den Berliner Metallbetrieben eine Streikstimmung vorhanden ist. Die Metallarbeiter werden entschlossen den Lohnabbauversuchen Widerstand leisten. Die Abbaumaßnahmen mit Streik unter Führung der KPD und des roten Metallarbeiterverbandes wird beantwortet wird immer mehr zur Parole der gesamten Metallarbeiterchaft.

Rotes Volksbegehren in Sachsen

Kundgebungen am 7. November, 20 Uhr, in Dresden
Odeum Carussstraße; Gaslhof Blasewitz; Schillerplatz; Bürgergarten, Dresden-Löbtau
Es sprechen:
Landtagsabgeordneter Bruno Siegel; Stadtverordneter Marlin Schneider; Gen. Willi Feller; Gen. Buckendahl, Bochum
(Vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung)

7. Nov.-Revolutionsskandgebungen

am Sonntag, dem 8. November, vorm. 10 Uhr, in Dresden
in den Annensälen, Fischhofplatz, für die Mitglieder der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen
Zutritt nur gegen Mißgüldsbuch
Es spricht Genosse Fritz Heckerl, MdR, Berlin

Neue Demonstrationen in Dresden!

Die Demonstrationen und Umzüge in Dresden dauern an. Gestern kam es in den Nachmittagsstunden in der Hauptstadt zur Bildung mehrerer Demonstrationzüge von je 100 Mann, die Protesttruppe gegen den Faschismus ausstießen. In den Abendstunden kam es dann wiederum in Löbtau zu Umzügen und Zusammenkünften von Arbeitern. Die Polizei legte überall ihre Streifenwagen ein.